



Gemeinde Pfinztal

## **Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 28.07.2020**

|                        |  |
|------------------------|--|
| <b>Ort:</b>            | Hagwaldhalle,<br>Industriestraße 2 c, 76327 Pfinztal<br>(Kleinsteinbach) |
| <b>Sitzungsbeginn:</b> | 18:00 Uhr  |
| <b>Sitzungsende:</b>   | 19:23 Uhr  |

### **Anwesende Personen**

#### **Vorsitzende/r:**

Bodner, Nicola

#### **Ordentliche Mitglieder:**

Eisenbusch-Costerousse, Dagmar

Frensch, Kristin

Gegenheimer, Thomas

Gutgesell, Andreas

Herb, Artur

Hörter, Frank

Kirchenbauer, Achim

Konstandin, Angelika

Lüthje-Lenhardt, Monika

Möller, Eva

Rahn, Klaus-Helimar, Dr.

Reeb, Tilo

Rendes, Markus

Ringwald, Markus

Rothweiler, Edelbert

Rothweiler, Sonja

Schaier, Barbara

Schwarz, Simon

Vogel, Roland, Dr.

Vortisch, Volker Hans

#### **Schriftführer/in:**

Härer, Roland

#### **Verwaltung:**

Bauer, Christian

Kröner, Wolfgang

Schönhaar, Tamara

Sturm, Thomas

#### **Ortsvorsteher/in:**

Oberle, Gebhard

### **Nichtanwesende Personen**

#### **Ordentliche Mitglieder:**

Hruschka, Andreas - entschuldigt

Mohamed Fahir, Aisha - entschuldigt



1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am 20.07.2020.
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 23.07.2020.
3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da mindestens 12 von 23 Mitgliedern anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:  
Gemeinderat Hörter  
Gemeinderat Reeb



## T A G E S O R D N U N G

- . Begrüßung
1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Sanierung der Heizverteilerschächte beim Bildungszentrum Berghausen **BV/615/2020**  
Außerplanmäßige Ausgaben  
Beratung und Beschluss
3. Sanierung des Rauchabzugs (RWA) in der Hagwaldhalle **BV/620/2020**  
Außerplanmäßige Auszahlung  
Beratung und Beschluss
4. Sanierungsgebiet "Neue Ortsmitte Söllingen" **BV/619/2020**  
- Außerplanmäßige Ausgaben  
- Beratung und Beschlussfassung
5. Nutzung der Sport- und Mehrzweckhallen durch Vereine während der Sommerferien **BV/621/2020**  
- Antrag der CDU-Fraktion
6. Teilnahme am Sofortausstattungsprogramm des Landkreises Karlsruhe im Rahmen des Digital Paktes Schule **BV/622/2020**
7. Grundsätze zur Baulandentwicklung **BV/574/2020/1**  
- Vorstellung der Ergebnisse aus der öffentlichen Sondersitzung des Technik- und Umweltausschusses vom 22.07.2020  
- Beratung und Beschlussfassung
8. Verbesserung BÜ der Stadtbahn beim Haltepunkt Hummelberg durch die AVG **BV/623/2020**  
Kreuzungsvereinbarung nach §§ 3,13 EKrG  
Beratung und Beschlussfassung
9. Änderung Satzung über die Form der öffentlichen Bekanntmachung (Bekanntmachungssatzung) **BV/442/2019/1**  
- Beratung und Beschlussfassung
10. Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse **BV/607/2020**
11. Mitteilungen der Bürgermeisterin
12. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
13. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



## Begrüßung

**Bürgermeisterin Bodner** heißt die Mitglieder des Gremiums, die Zuhörer\*innen, die Vertreter der Presse und die Mitarbeiter der Verwaltung willkommen. Sie teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 8 „Verbesserung Bahnübergang der Stadtbahn beim Haltepunkt Hummelberg durch die AVG“ abgesetzt wird und will wissen, ob es Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt.

**Gemeinderat Ringwald** teilt mit, die CDU-Fraktion beantrage die Absetzung des Tagesordnungspunktes 7 „Grundsätze zur Baulandentwicklung“ und begründet dies.

**Bürgermeisterin Bodner** lässt wissen, dass zu diesem Tagesordnungspunkt ein Sachvortrag vorbereitet wurde, der viele Fragen beantworten wird.

**Gemeinderat Ringwald** teilt mit, seine Fraktion ziehe den Antrag vorerst zurück.

## 1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

**Herr Kistner** meldet sich zu Wort und stellt sich als Anwohner der Ochsenstraße vor. Er verweist darauf, dass in der Ochsenstraße provisorisch ein verkehrsberuhigter Bereich eingerichtet wurde. Parkende Autos der Anwohner seien mit einem grünen Hinweiszettel des Ordnungsamtes versehen worden, wonach künftig ein Parken nicht mehr erlaubt ist. Er will wissen, wie die zukünftige Regelung im Detail aussieht.

**Bürgermeisterin Bodner** antwortet, sie werde die Frage unter dem Punkt „Mitteilungen der Bürgermeisterin“ zusammen mit Frau Schönhaar beantworten.

## 2. Sanierung der Heizverteilerschächte beim Bildungszentrum Berghausen Außerplanmäßige Ausgaben Beratung und Beschluss

**Bürgermeisterin Bodner** verweist auf die Verwaltungsvorlage, die folgenden Sachverhalt aufzeigt:

*Die Sanierung der Heizverteilerschächte beim Bildungszentrum Berghausen steht an. Der Gemeinderat hat hierfür die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 140.000 € im Ergebnishaushalt der Gemeinde Pfinztal für 2020 als Unterhaltungsaufwand bereitgestellt. Da in den kommenden Jahren weitere Sanierungsmaßnahmen beim Bildungszentrum geplant sind, müssen diese als Investitionsmaßnahme dargestellt werden. Zu dieser Investitionsmaßnahme sind weitere Unterhaltungsaufwendungen zuordenbar. Im Jahr 2020 würde dies noch die Sanierung der Brandmeldeanlage in Höhe von 60.000 € miteinschließen. Somit belastet diese Maßnahme das ordentliche Ergebnis nur in Höhe der künftigen Abschreibungen.*

*Dadurch entsteht im Finanzhaushalt 2020 eine außerplanmäßige Auszahlung, welche aber durch die Zusammenfassung der Maßnahmen des Ergebnishaushalts, das ordentliche Er-*



gebnis um mindestens 140.000 € weniger belastet.

Sie bittet Herrn Sturm um weitere Erläuterungen.

**Herr Sturm** ergänzt, es handle sich dabei nicht um eine echte außerplanmäßige Ausgabe, sondern um eine Umschichtung vom Ergebnis- in den Finanzhaushalt. Insofern entlaste man den Ergebnishaushalt, der sowieso durch Corona bereits geschwächt sei. Gleichzeitig bitte man um die Freigabe zur Auftragserteilung an die Firma Weiler, von der ein Angebot zur Sanierung der Leitungen in dieser Höhe vorliegt. In diesem Fall könnten die Arbeiten in den Sommerferien durchgeführt werden.

**Bürgermeisterin Bodner** stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Sie bittet um zustimmende Handzeichen zum Verwaltungsvorschlag. **Der Gemeinderat fasst daraufhin folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Der Gemeinderat beschließt eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 200.000 € für die Sanierung des Bildungszentrums und hier im Einzelnen für die Heizverteilerschächte sowie die Brandmeldeanlage. Der Auftrag ergeht an die Firma Weiler zum Angebotspreis.**

### **3. Sanierung des Rauchabzugs (RWA) in der Hagwaldhalle Außerplanmäßige Auszahlung Beratung und Beschluss**

**Bürgermeisterin Bodner** bittet Herrn Sturm um Erläuterung.

**Herr Sturm** verweist darauf, dass der Sachverhalt in der Vorlage wie folgt dargelegt ist: *Die Sanierung des Rauchabzugs in der Hagwaldhalle steht an. Der Gemeinderat hat hierfür die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 55.000 € im Ergebnishaushalt der Gemeinde Pfinztal für 2020 als Unterhaltungsaufwand bereitgestellt. Da in den kommenden Jahren weitere Sanierungsmaßnahmen bei der Hagwaldhalle geplant sind, müssen diese als Investitionsmaßnahme dargestellt werden. Zu dieser Investitionsmaßnahme sind weitere Unterhaltungsaufwendungen, die in den kommenden Jahren anfallen würden, zuordenbar. Im Jahr 2021 würde dies noch die Sanierung der Rauchmelder und der Brandschutzklappen in Höhe von 48.000 € miteinschließen. Somit belastet diese Maßnahme das ordentliche Ergebnis nur in Höhe der künftigen Abschreibungen.*

*Dadurch entsteht im Finanzhaushalt 2020 eine außerplanmäßige Auszahlung, welche aber durch die Zusammenfassung der Maßnahmen des Ergebnishaushalts, das ordentliche Ergebnis um mindestens 55.000 € weniger belastet.*

Er ergänzt, dass es auch bei diesem Punkt darum gehe, den Ergebnishaushalt um 55.000 € zu entlasten und die Sanierung über den Finanzhaushalt abzuwickeln. Auch bei diesem Vorgang handle es sich nicht um eine echte außerplanmäßige Ausgabe.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt** bittet um Erläuterung, warum in der Beurteilung der Zielerreichung aus dem Gemeindentwicklungskonzept beim Thema „Nachhaltigkeit“ die Bewertung „hemmend“ angekreuzt ist.

**Herr Sturm** erklärt, dies habe keine Bewandnis, in dieser Tabelle fehle die Kennzeichnung durch ein X, die Maßnahme sei nicht negativ behaftet.



Der Gemeinderat fasst danach folgenden **einstimmigen Beschluss**:  
**Der Gemeinderat beschließt eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 55.000 € für die Sanierung des Rauchabzugs in der Hagwaldhalle.**

**4. Sanierungsgebiet "Neue Ortsmitte Söllingen"**  
**- Außerplanmäßige Ausgaben**  
**- Beratung und Beschlussfassung**

**Bürgermeisterin Bodner** ruft den Tagesordnungspunkt auf und bittet Frau Schönhaar um Erläuterung des Sachverhalts.

**Frau Schönhaar** berichtet, für Verwaltung und Gemeinderat überraschend sei die Gemeinde Pfinztal mit ihrer städtebaulichen Erneuerungsmaßnahme „Neue Ortsmitte Söllingen“ im ersten Anlauf in das Bund-Länder-Programm „Lebendige Zentren“ aufgenommen worden. Dies sei so nicht zu erwarten gewesen. In Gesprächen mit der Kommunalentwicklung sei man davon ausgegangen, dass man mindestens zwei bis drei Anläufe nehmen muss, um in das Programm aufgenommen zu werden. Diese Entwicklung bringe die Gemeinde in die Situation, dass man nun die erforderlichen Gelder hinterherschieben muss. Die Verwaltung bitte deshalb darum, in einem ersten Schritt für dieses Jahr eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 200.000 € zu genehmigen und gleichzeitig eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 300.000 € für das kommende Jahr zu beschließen. Die Schwerpunkte, wofür die Gelder verwendet werden sollen, seien aus der Verwaltungsvorlage ersichtlich.

**Gemeinderat Reeb** will wissen, ob eine Aufteilung der Zuschüsse möglich ist und ob es zeitliche Verpflichtungen hinsichtlich der Realisierung der Projekte gibt.

**Frau Schönhaar** gibt zur Auskunft, dass momentan eine zeitliche Vorgabe von zehn Jahren gilt, innerhalb der die Fördermittel abgerufen werden müssen. Jederzeit sei es möglich, einzelne Projekte zu stoppen. Bei der derzeitigen Planung handle es sich um unabhängige Bausteine, die einzeln abgerechnet werden könnten.

**Gemeinderat Reeb** gibt die Zustimmung der SPD-Fraktion zur Verwaltungsempfehlung bekannt. Er weist darauf hin, dass seine Fraktion zurückliegend immer das Ziel der Entwicklung der Söllinger Ortsmitte mitgetragen hat und es beispielsweise im Rathaus einen Platzmangel gibt. Auch das Bürgerhaus besitze keine Barrierefreiheit, in der Ortsmitte gebe es ein Defizit an Stellplätzen, weshalb eine Tiefgarage benötigt werde. Er sei der Meinung, dass die Entwicklung eines ansprechenden Platzes allen Bürgern zugutekommt.

**Gemeinderätin Möller** teilt mit, die ULiP werde der Verwaltungsempfehlung zu Ziffer 1 zustimmen, keine Zustimmung werde es aber für eine Verpflichtungsermächtigung für das kommende Haushaltsjahr geben. Dies halte man für nicht erforderlich und wolle das Thema im Rahmen der künftigen Haushaltsberatungen angehen. Ihre Fraktion gehe davon aus, dass die Gemeinde in diesem Jahr einige finanzielle Überraschungen erleben wird, weshalb es überhaupt nicht notwendig sei, sich bereits jetzt finanziell für das kommende Jahr festzulegen.

**Frau Schönhaar** informiert, die beantragten Mittel für das Jahr 2021 würden benötigt, um Lösungen für die Bestandsgebäude zu erarbeiten. Dabei gehe es unter anderem um energetische Aspekte, die Arbeitssicherheit und den Brandschutz. Geplant sei es, diese Leistungen noch in diesem Jahr zu beauftragen, nachdem bereits entsprechende Angebote vorliegen. Vor diesem Hintergrund habe sie die Bitte, die Verpflichtungsermächtigung zu beschließen und entsprechende Haushaltsmittel bereitzustellen. Allein für ein Gutachten brauche man



einen Betrag von rund 80.000 €.

**Gemeinderätin Möller** meint, im Rahmen der Haushaltsberatungen gehe es darum, Prioritäten zu setzen. Wenn es darum gehe, den Betrag von 80.000 € zu sichern, könne die ULiP mitmachen, nicht aber bei einem Betrag von 300.000 €.

**Gemeinderat Rendes** macht deutlich, dass es für die CDU-Fraktion ein logischer Schritt ist, wenn man in diesem Verfahren nun den nächsten Schritt geht. Seine Fraktion stimme der Verwaltungsempfehlung zu, um weiter planen und eine Konzeption in dieser wichtigen Sache erstellen zu können.

**Gemeinderätin Lühje-Lenhart** lässt wissen, dass die Fraktion der Grünen mehrheitlich dem Verwaltungsvorschlag zustimmen wird, weil die Vorteile des Beschlusses auf der Hand liegen.

**Bürgermeisterin Bodner** teilt mit, sie lasse über die Verwaltungsempfehlungen nun separat abstimmen. Dem Gremium stellt sie folgende Abstimmungsfragen:

1. **„Wer stimmt einer außerplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 200.000 Euro für konsumtive und investive Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Sanierungsgebiet „Neue Ortsmitte Söllingen“ im laufenden Haushaltjahr zu?“**

**Abstimmung: 19 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung**

2. **„Wer stimmt dafür, dass der Gemeinderat für das Haushaltsjahr 2021 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 300.000 Euro für konsumtive und investive Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Sanierungsgebiet „Neue Ortsmitte Söllingen“ beschließt?“**

**Abstimmung: 16 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung**

---

#### **5. Nutzung der Sport- und Mehrzweckhallen durch Vereine während der Sommerferien - Antrag der CDU-Fraktion**

**Bürgermeisterin Bodner** verweist auf die Verwaltungsvorlage mit dem dargelegten Sachverhalt. Die CDU-Fraktion habe den Antrag gestellt, die im Eigentum der Gemeinde befindlichen Hallen während der Sommerferien nicht zu schließen, sondern den Hallennutzern zur Verfügung zu stellen. Die Fraktion erhalte jetzt die Gelegenheit zu weiteren Erläuterungen.

**Gemeinderat Guthgesell** meint zu Beginn seiner Erläuterungen, es wäre gut gewesen, wenn das Ergebnis der Bedarfsmeldung der Vereine zur heutigen Sitzung vorgelegen hätte, zumal die Rückmeldefrist bereits am 22. Juli abgelaufen ist. Die Gründe für den Antrag der CDU-Fraktion seien in der Corona-Krise zu suchen. Es habe Corona bedingt zwangsweise ein verändertes Urlaubsverhalten gegeben, viele Arbeitnehmer hätten ihren Urlaub bereits aufgebraucht oder müssten Einkommensverluste hinnehmen. Weitere Aspekte wie Reisebeschränkungen oder das reduzierte Ferienangebot hätten zu der Überlegung geführt, dass das kostenlose Vereinsangebot in der Ferienzeit aufrecht erhalten werden sollte. Allerdings sei der Antrag nicht so zu verstehen, dass dies in den gesamten Ferienwochen möglich sein soll, sondern nur nach Bedarf. Inzwischen sei sicherlich die Bedarfsabfrage abgeschlossen. Er hoffe, dass über das Ergebnis heute informiert wird. Zu den Aspekten „Desinfektion“ und „Schlüsselgewalt“ wolle er kurz etwas sagen. Bezüglich der Pfinztaler Hallen gäbe es verschiedene Konstellationen. Während es in Berghausen und Söllingen vereinseigene Hallen



gebe, sei dies in Kleinsteinbach und Wöschbach nicht der Fall. In Kleinsteinbach und Wöschbach würden die Hausmeister bei einer entsprechenden Regelung nicht in Zugzwang kommen die Hallen verschließen zu müssen, weil dies seit langem von den Vereinen selbstständig erledigt wird. Eine Nutzung in den Ferien sei selbstverständlich an ein Hygienekonzept gebunden, das alle Vereine leisten müssten. Problematisch könnte eine Nutzung sein, wenn in der Sommerpause Arbeiten anstehen würden. Eine Rückfrage beim Ortsbaumeister habe allerdings ergeben, dass dies nur ein kleines Problem darstelle. Seine Fraktion sei bereit, über die Zeiten der Öffnung mit sich reden zu lassen. Die von der Verwaltung angebotenen drei Wochen seien sicherlich eine gute Basis, eventuell könnten es auch vier Wochen sein. Die Möglichkeit zu eröffnen, die Hallen sechs Wochen benutzen zu können, stelle kein Muss aus Sicht seiner Fraktion dar.

**Herr Kröner** lässt wissen, in der Verwaltung habe man durchaus Verständnis für den Antrag der CDU-Fraktion. 22 Nutzer der Hallen seien angeschrieben worden, worauf acht Rückmeldungen eingegangen sind. Dabei handle es sich in erster Linie um Sportvereine. Tatsächlich handle es sich in allen Hallen teilweise um kleinere Reparaturarbeiten, sodass sicherlich eine Lösung zugunsten der Vereine gefunden werden kann. Fakt sei allerdings, dass die Duschen und Umkleieräume geschlossen bleiben, um Kosten einsparen zu können. Man gehe davon aus, dass auch der Schließdienst durch die Vereine funktioniert. Mit den Vereinen werde man sich nun zusammensetzen, um die Benutzungswünsche auf die Hallen zu verteilen. Er gehe davon aus, dass eine dreiwöchige Hallennutzung in den Sommerferien machbar ist und auch die Kosten händelbar sind. Allerdings befänden sich die Hausmeister in Kleinsteinbach und Wöschbach in dieser Zeit im Urlaub.

**Bürgermeisterin Bodner** ergänzt, die Tatsachen, dass die Grundreinigungen bereits durchgeführt sind und man hinsichtlich der Sanierungsarbeiten flexibel sei, komme dem Anliegen zur Hallenöffnung entgegen.

**Gemeinderätin Eisenbusch** teilt mit, ihre Fraktion unterstütze gerne den Antrag der CDU-Fraktion, weil die Vereine durch die Coronakrise doch sehr gebeutelt sind. Auch dem Kompromissvorschlag der Verwaltung zur Öffnung der Hallen in den letzten drei Sommerferienwochen könne man zustimmen.

**Gemeinderätin Möller** erklärt, auch die ULiP unterstütze die Sache. Sie regt an, die Verwaltung sollte sich von den Vereinen bestätigen lassen, dass das Angebot auch tatsächlich in Anspruch genommen wurde. Denn tatsächlich könne sie sich vorstellen, dass manches Angebot wegen der Ferienzeit doch nicht genutzt wird und ohne dieses Wissen die Reinigungskräfte saubere Hallen putzen.

**Gemeinderätin Schaier** berichtet von einer Mitteilung eines Vereinsvorstands, wonach man in der Gemeinde Remchingen die Duschen benutzen darf.

**Bürgermeisterin Bodner** meint dazu, diese Frage müsse man unter hygienischen Gesichtspunkten betrachten, weil bei einer Benutzung diese Räume zu säubern sind, was insbesondere in den Sommerferien schwierig sei. Sie verweist darauf, dass bereits das Öffnen der Hallen ein großes Entgegenkommen der Gemeinde darstellt und die Nutzer bereit sein sollten, Kompromisse einzugehen.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt** signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen zum Antrag.

**Bürgermeisterin Bodner** stellt dem Gremium danach folgende Abstimmungsfrage:  
**„Wer stimmt dafür, dass die Gemeindehallen in den letzten drei Ferienwochen den Vereinen für den Vereinssport/Trainingsbetrieb zur Verfügung gestellt werden?“**



**Abstimmung:**

**Einstimmige Zustimmung**

## **6. Teilnahme am Sofortausstattungsprogramm des Landkreises Karlsruhe im Rahmen des Digital Paktes Schule**

**Bürgermeisterin Bodner** bittet Herrn Sturm um Erläuterung des Sachverhalts.

**Herr Sturm** teilt mit, die Vorlage der Gemeinde mit dem zur Beratung anstehenden Sachverhalt beruhe auf einer Vorlage des Kreistags. Es gehe darum, dass das Landratsamt Karlsruhe ein Konzept erarbeitet hat, um Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten auszustatten, damit eine digitale Gleichberechtigung erreicht wird. Als Schulträger von 14 kreiseigenen Schulen müsse das Landratsamt Karlsruhe die Verwaltung der mobilen Endgeräte selbst gewährleisten. Die Landkreisverwaltung biete diesen Dienst auch den Städten und Gemeinden als Schulträger an. Das Sofortausstattungsprogramm bedürfe keiner Antragstellung. Die Mittel würden den Schulträgern zugewiesen. Deren zweckmäßige Verwendung müsse aber von den Schulträgern jeweils nachgewiesen werden. Damit sollen hauptsächlich Schülerinnen und Schüler, die zu Hause kein digitales Endgerät zur Verfügung haben bzw. es sich nicht leisten können, ein solches ausleihen können, um soziale Ungleichheiten abzumildern. Der digitale Unterricht und das digitale Lernen sollen allen Schülerinnen und Schülern ortsunabhängig ermöglicht werden. Das Kreismedienzentrum, das bereits in der Digitalisierung der Schulen und auch beim Medienentwicklungsplan alle Schulen im Landkreis unterstützt hat, könne hierfür eine standardisierte Dienstleistung inklusive des Leihservice aufbauen und anbieten. Der Landkreis Karlsruhe biete seinen Städten und Gemeinden an, landkreisweit über das Kreismedienzentrum die Sofortausstattung nicht nur abzuwickeln, sondern auch im Anschluss den laufenden Betrieb darüber sicherzustellen. Es habe wegen unterschiedlicher Informationslagen zwar zunächst Uneinigkeiten mit den Schulen gegeben, zwischenzeitlich hätten die Rektorinnen Frau Engelmann und Frau Fuchs allerdings signalisiert, dass ihre Schulen sich an diesem Programm über das Kreismedienzentrum beteiligen würden. Weiter habe sich die Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Schulleitungen überlegt, jeweils zwei Klassensätze an gebrauchten Tablets für die größeren Schulen und jeweils einen Klassensatz für die Grundschulen zu besorgen. Damit könnte nach den Ferien ein Unterricht sichergestellt werden, auch wenn Corona-bedingt dies eventuell von zu Hause aus sein müsste. Im Haushalt stünden zwar noch Haushaltsmittel aus dem Digitalpakt zur Verfügung, man würde aber darum bitten, dass der Gemeinderat zumindest formell eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von ca. 50.000 € genehmigt. Die Beschaffung wäre aber auch aus Mitteln des Digitalpaktes zu finanzieren.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt** meint, wenn etwas mit heißer Nadel gestrickt wird, gebe es häufig Kommunikationsprobleme. Nun sei dies aber geklärt, wenngleich es schwierig gewesen sei, alle Informationen zu erhalten. Nun seien die Schulleitungen allerdings mit im Boot; wenn diese abgelehnt hätten, würde die Teilnahme am Programm keinen Sinn machen. Sie halte die Beschaffung für dringend notwendig, vor allem für die Grundschulen. Dies gelte nicht nur für die Schüler\*innen, sondern auch für die Lehrkräfte. Aus Sicht der Fraktion der Grünen gebe es eine klare Zustimmung, auch zum Vorschlag, zusätzliche Finanzmittel beizusteuern.

**Gemeinderätin Elsenbusch** lässt wissen, ihre Fraktion begrüße die Initiative des Landkreises, eine zentrale Beschaffung und Verwaltung mache Sinn. Ursprünglich habe die Absicht bestanden, dass dies von jeder Schule in Eigenregie geleistet wird. Dabei sei man allerdings auf die Problematik gestoßen, wer sich um den Support kümmert. Ihre Fraktion stimme der



aufgezeigten Lösung zu. Sie spricht danach einen Artikel in den BNN zur digitalen Ausstattung der Schulen an. Darin werde gerügt, dass die Schulen dem Digitalpakt quasi hinterherhinken. Eine Umfrage habe beispielsweise gezeigt, dass die W-Lan-Kapazitäten bei einem Großteil der Schulen nicht ausreichen. Diese Thematik habe ihre Fraktion schon einmal angefragt und die Auskunft erhalten, dass dies kein Problem sei. Sie wolle dies trotzdem nochmals im Blick auf das Bildungszentrum thematisieren und verweise darauf, dass größere Geschwindigkeiten benötigt werden, wenn die Klassen ihre Klassensätze haben und gebrauchen. Sie meine, wenn jetzt das ICT mit einem Glasfaseranschluss versorgt wird sei dies sicherlich eine gute Möglichkeit, auch das Bildungszentrum nochmals aufzurüsten und noch besser auszustatten.

**Herr Kröner** lässt wissen, dass man diesbezüglich bereits tätig geworden ist.

**Gemeinderätin Frensch** informiert, zunächst habe die Vorlage des Landkreises sehr sinnvoll gewirkt, bis man in Gesprächen mit Frau Fuchs herausgefunden habe, dass diese Lösung auch Nachteile mit sich bringt. Letztlich stehe für sie und sicher auch für die Fraktion der Grünen an erster Stelle, dass die Schüler\*innen eine adäquate Ausstattung erhalten, um möglicherweise auch zu Hause unterrichtet werden zu können. Wichtig sei auch, dass die Lehrkräfte der Schulen ihre Zustimmung zur Teilnahme an diesem Programm geben. Letztlich habe sich die Problematik geklärt. Sie stimme der Beschlussempfehlung aber trotzdem nur dann zu, wenn mindestens 50.000 € zur Verfügung gestellt werden, weil nur in diesem Fall die Schüler\*innen nicht nur von den Tablets, sondern auch von benötigten Laptops profitieren können.

**Gemeinderätin Konstandin** weist darauf hin, dass von Bund und Land etwa 85 € bezuschusst werden. Sie will wissen, welche Kosten bei der Gemeinde hängen bleiben oder das Delta auch von den finanzschwachen Schüler\*innen ausgeglichen werden muss.

**Herr Sturm** klärt auf, das Programm beziehe sich auf sozial schwache Schüler\*innen, für die Bund und Land etwa 80 € beisteuern. Die Gemeinde erhalte einen Betrag von etwa 160.000 € über das Programm, damit könne man die Tablets beschaffen. Darüber hinaus sei mit den Schulleitungen besprochen worden, dass weitere gebrauchte mobile Endgeräte im Vorgriff auf die Digitalisierung beschafft werden sollen, wobei der Preis bei etwa 300 € pro Schüler liegen wird. Hierfür brauche man für beide Schulen etwa 50.000 €. Im Haushalt gebe es derzeit noch Gelder aus dem Digitalpakt, die in diesem Jahr nicht abfließen und an denen man sich bedienen könnte.

**Gemeinderat Rendes** teilt mit, die CDU-Fraktion sei dafür, diesen Weg zu gehen und am Sofortausstattungsprogramm des Landkreises teilzunehmen. Man finde es gut, die Geräte über das Kreismedienzentrum zu beschaffen, weil es dort die geballte Kompetenz gebe. Der Verwaltung wolle er noch mit auf den Weg geben, dass im Zuge der Verlegung des Glasfaser zum ICT auch der Anschluss an das Bildungszentrum geprüft und hierüber dem Gemeinderat berichtet wird.

**Bürgermeisterin Bodner** will wissen, ob man en bloc, also mit der Ergänzung des Beschlussvorschlags um eine außerplanmäßige Ausgabe von 50.000 € abstimmen kann. Sie stellt fest, dass es keine Einwände gibt.

Der Gemeinderat fasst **einstimmig den Beschluss:**

**Der Gemeinderat beschließt die Teilnahme am Sofortausstattungsprogramm des Landkreises Karlsruhe im Rahmen des Digital Paktes Schule sowie die Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 50.000 € für die Beschaffung von digitalen Endgeräten.**



**7. Grundsätze zur Baulandentwicklung**  
**- Vorstellung der Ergebnisse aus der öffentlichen Sondersitzung des Technik- und Umweltausschusses vom 22.07.2020**  
**- Beratung und Beschlussfassung**

**Bürgermeisterin Bodner** bittet Frau Schönhaar um Darlegung des Sachverhalts.

**Frau Schönhaar** erklärt, sie werde ihren Vortrag aus der Sitzung des Technik- und Umweltausschusses wiederholen, ergänzt um die dabei beschlossenen Ergebnisse. Anhand einer Präsentation erinnert sie zunächst an die vom Gemeinderat geschaffenen Grundlagen für das Tätigwerden der Verwaltung in dieser Sache. Dies seien die Beschlüsse zur Klimaoffensive Pfinztal und zum Gemeindeentwicklungskonzept „Pfinztal 2035“. Sie erläutert danach den Ablauf des Workshops. Im Rahmen der Klimaoffensive sei die Verwaltung aufgefordert worden, bei allen anstehenden Entscheidungen die Auswirkungen auf das Klima zu prüfen und darzulegen. Weiter sei man beauftragt worden, Maßnahmen zum Klimaschutz zu erarbeiten. Im Rahmen der Gemeindeentwicklung „Pfinztal 2035“ seien verschiedene Unterziele und Maßnahmen beschlossen worden. Dabei gehe es zum Beispiel darum, ein strategisches Flächenmanagement aufzubauen, die Ausweisung von Wohn- und Gewerbeflächen zu überprüfen bzw. auf ein sinnvolles Maß zu begrenzen. Weitere Aspekte seien der Wunsch nach Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und die optische Aufwertung der Ortsteile unter dem Stichpunkt der Durchgrünung. Der Gemeinderat habe sich zudem die Verbesserung der Bürgerbeteiligung gewünscht, was man beispielsweise im Technik- und Umweltausschuss in Form eines Workshops bereits umgesetzt hat. Als Stadtplanung habe man sich überlegt, wie man eine vorausschauende Stadtplanung leisten und sicherstellen kann. Hierfür gebe es ein Dreisäulenmodell mit a) einer Flächenpriorisierung, b) der Erarbeitung von Grundsätzen zur Baulandentwicklung und c) Erarbeitung einer kommunalen Baulandstrategie. Die Säule a) würde letztlich klären, welche Flächen man künftig in Pfinztal entwickeln will, die Säule b) soll definieren, wie die Flächen entwickelt werden und die Säule c) bringe beide Themen wieder zusammen. Im Rahmen der Erarbeitung der Grundsätze zur Baulandentwicklung habe man ein Pfinztaler Flächenentwicklungsmodell (PfiF) kreiert. Ziel sei es, am Ende des Prozesses einen kommunalen Grundsatzbeschluss als künftige Grundlage und Leitfaden zu fassen. Mit dieser Grundlage schaffe man zudem eine Entlastung von Verwaltung und Gremium. Mit einem solchen Papier sollen unter anderem Ausnahmen auf ein Minimum reduziert werden. Die Verwaltung gehe nicht davon aus, dass dieser Leitfaden auf Ewigkeit Bestand haben wird, sondern vielleicht nach etwa einem Jahr bereits nachjustiert werden muss. Sie geht danach auf die Planungswerkstatt ein, die im Rahmen der Sitzung des Technik- und Umweltausschusses stattgefunden hat, und erläutert deren Ablauf. Es habe Impulsvorträge gegeben und einen Workshop an Thementischen. Als Ergebnis habe es insgesamt 75 Ideen gegeben, die von ihr auszugsweise und bezogen auf die verschiedenen Thementische erläutert werden. Ein weiteres wichtiges Thema, das nicht im Workshop behandelt wurde, seien die Verwaltungs- und Verfahrensgrundsätze. Hier werde die Verwaltung konkrete Umsetzungsvorschläge ausarbeiten und dem Gremium vorlegen. Es handle sich hierbei um alle Regelungen in den städtebaulichen Verträgen. Die Erledigung dieser Punkte koste die Verwaltung eine Unmenge an Zeit. Mit diesen Rahmenbedingungen könne man den Vorhabenträgern konkret darlegen, unter welchen Bedingungen und mit welchen Unterlagen in Pfinztal Projekte realisiert werden können und dies in einem Vorvertrag absichern. Heute gehe es darum, aufbauend auf den Ergebnissen der Planungswerkstatt der Verwaltung eine Handlungsermächtigung zu geben, mit der diese sich weiter mit dem Thema auseinandersetzen und Experten einbinden kann. Im nächsten Schritt würde die Verwaltung zunächst gerne Arbeitssitzungen mit diesen Expertinnen und Experten vornehmen und deren Ergebnisse zunächst anwaltlich prüfen lassen, bevor eine Information des Gemeinderats erfolgt. Sofern das Gremium eine frühere Information wünsche, könne man nach den ersten Arbeitssitzungen dies bereits veranlassen. Anhand einer abschließenden Folie zeigt sie dem Gremium danach die Beschlussempfehlungen.



lungen für die heutige Sitzung auf. Diese seien bereits im Technik- und Umweltausschuss beraten und um einen Punkt 4 ergänzt worden. Danach soll die Erarbeitung eines Pfinztaler Baulandmodells im Rahmen eines eigenständigen Prozesses erfolgen.

**Gemeinderätin Eisenbusch** teilt mit, die SPD-Fraktion halte es für ganz wichtig, diesen Prozess weiter zu entwickeln und signalisiert die Zustimmung ihrer Fraktion. Der neue Gemeinderat habe im vergangenen Jahr begonnen, sich intensiv mit dem Thema „Klima“ zu befassen und beispielsweise die Klimakommission gegründet. In den Beratungen der Klimakommission habe man von Experten viele Informationen zum Klima erhalten weshalb nun einleuchte, dass ein „weiter so“ nicht in Frage kommen kann. Bestes Beispiel sei für sie das geplante Baugebiet „Bühl“, das im Gemeinderat eigentlich nicht in Frage stand. Nach eingehender Prüfung vieler neuer Gesetze habe sich herausgestellt, dass dessen Realisierung unmöglich ist. An diesem Beispiel und aus den Informationen der Experten habe man erkannt, dass man in diese Richtung weitergehen muss. Ihr tue es leid, dass man diesen Prozess nicht bereits früher begonnen hat, sie meine, man hätte das neue Baugebiet „Heilbrunn-Engelfeld“ sicherlich besser machen können. Heute gehe es um einen Beschluss zur weiteren Erarbeitung eines Themas. Man befinde sich in einem Prozess, den man nicht unterbrechen und der weitergeführt werden sollte, weil man dessen Ergebnisse für künftige Entscheidungen brauche.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhart** lässt wissen, sie stimme ihrer Vorrednerin voll und ganz zu. Mitglieder ihrer Fraktion seien beim hervorragend organisierten Workshop dabei gewesen, mit dem eine Basis für das weitere Vorgehen geschaffen wurde. Das gegenseitige Bedingen in dem Workshop habe zu einer Strategie geführt, die Hand und Fuß hat. Man wisse nun, was auf die Gemeinde zukommt und auch, dass es ohne eine Bürgerbeteiligung nicht gehen wird. Inzwischen habe man gelernt, wie wichtig die Kommunikation und das Aufgreifen von Ideen ist. Die Menschen hätten Ideen, zum Teil sogar gute Ideen, die man aufgreifen muss. Der Schwerpunkt sollte also auch auf der Bürgerbeteiligung liegen. Als schade habe sie es gefunden, dass die Presse beim Workshop nicht zugegen war, denn es habe sich um hochkarätige Vorträge gehandelt. Für die Fraktion der Grünen könne sie die volle Zustimmung zum beantragten weiteren Vorgehen zu signalisieren. Man wisse nun, welche Strategie verfolgt wird und dass dies auch eine Menge Arbeit für die Verwaltung bedeute.

**Gemeinderat Ringwald** bedankt sich bei der Verwaltung zunächst für das Nachliefern der fehlenden Bausteine, diese sollten noch digital übersandt werden. Anders als bei der Beratung über die Baumschutzsatzung stehe die CDU-Fraktion hinter diesem Thema. Dies könne man auch seiner Haushaltsrede entnehmen, in der viele der heute vorgetragenen Punkte bereits zum Gegenstand gemacht wurden. Die Öffentlichkeitsarbeit in Form des Workshops bezeichne er als optimal, hätte sich aber gewünscht, dass dies im Rahmen einer Gemeinderatssitzung stattgefunden hätte, damit mehr Interessierte die Vorträge hören und das Anliegen aufnehmen könnten. Von der Verwaltung will er wissen, ob bei den nächsten Schritten nochmals die Öffentlichkeit in Form eines Workshops mit einbezogen wird oder dies erst zur Sitzung des Gemeinderats erfolgt.

**Frau Schönhaar** antwortet, gemeinsam sollte man überlegen, ob dies nochmals gewollt wird. Letztlich liege die Entscheidung beim Gemeinderat. Das Angebot der Experten bestehe, der Gemeinderat sollte sich äußern, ob er einen nochmaligen Workshop haben möchte.

**Bürgermeisterin Bodner** macht darauf aufmerksam, dass die Gemeinderatsmitglieder grundsätzlich zu allen Ausschusssitzungen eingeladen sind und teilnehmen können, auch wenn sie kein Ausschussmitglied sind.

**Gemeinderat Rendes** hält es für wichtig, dass es Zwischensteps gibt, in denen man als Gemeinderat mit den aktuellen Informationen versorgt wird. Er meine, man befinde sich auf



einem guten Weg, der fortgesetzt werden sollte.

**Gemeinderat Dr. Rahn** findet es sinnvoll und gut, dass strukturiert und planvoll vorgegangen wird, was zurückliegend nicht immer der Fall gewesen sei. Ihm sei wichtig, dass man sich auch um die Altbebauungspläne und die Bestandsgebiete kümmert, gerade weil es in der Zukunft sicherlich nicht mehr viele Neubaugebiete geben wird. Auch würde er es für sinnvoll halten, wenn dem Ausschuss die Zwischenergebnisse nach den Arbeitssitzungen vorgestellt und diese besprochen würden, bevor eine rechtliche Prüfung veranlasst wird. Insgesamt halte er das bisher Geschehene für ein gutes Konzept.

**Gemeinderätin Konstandin** würde es gut finden, wenn vor der Entscheidung durch den Gemeinderat nochmals die Bevölkerung beteiligt wird, egal in welcher Form. Ihre sei bei der Sitzung des Technik- und Umweltausschusses aufgefallen, dass viele mit dem Begriff der Baulandentwicklung nichts anzufangen wussten. Wenn man das Thema anders kommunizieren würde und die Leute wüssten, was sich hinter diesem Begriff versteckt, wäre sicherlich ein noch größeres Interesse vorhanden. Ihr wäre wichtig, wenn in diesem Prozess noch weitere Bürger mitmachen würden.

**Bürgermeisterin Bodner** meint, es handle sich tatsächlich um ein sehr spezielles bzw. auch um ein erschlagendes Thema. Man werde deshalb versuchen, im künftigen Prozess dies leichter und besser zu vermitteln.

**Gemeinderat Hörter** hält das Thema für Pfinztals Zukunft wichtig, Zwischenschritte sollten der Bevölkerung zugänglich gemacht werden, wenn man diese mitnehmen möchte, eventuell auch über das Internet.

**Frau Schönhaar** antwortet, dies habe man bereits veranlasst, die Informationen würden über die Dorfplatz-App und das Amtsblatt verbreitet.

**Gemeinderat Kirchenbauer** verweist auf den Titel des Tagesordnungspunktes „Grundsätze zur Baulandentwicklung“ und lässt wissen, er habe damit gewisse Probleme, denn schließlich könne es auch sein, dass die Verhinderung einer weiteren Baulandentwicklung zum Grundsatz gemacht wird. Aus diesem Grund werde er zum momentanen Zeitpunkt der Verwaltungsempfehlung nicht zustimmen und sich bei der Abstimmung enthalten.

**Bürgermeisterin Bodner** erklärt, man werde diese Haltung respektieren. Der Gemeinderat sei auf jeden Fall zu jedem Zeitpunkt Herr des Verfahrens. Der Verwaltung gehe es heute darum, einen Auftrag zur Erarbeitung zu erhalten.

**Sie stellt danach folgende Abstimmungsfrage:**

„**Wer stimmt den Verwaltungsempfehlungen zu, wonach**

1. **die Verwaltung mit der Erarbeitung von Grundsätzen zur Baulandentwicklung auf Grundlage der im Rahmen der Planungswerkstatt am 22.07.2020 entwickelten Ansätze beauftragt wird,**
2. **die Grundsätze nach Ziffer 1 im Einklang mit den Zielen der Grundsatzbeschlüsse „Gemeindeentwicklungskonzept Pfinztal 2035“ bzw. „Klimaa Offensive“ stehen müssen,**
3. **die Grundsätze nach Ziffer 1 vor weiteren Beratungen und Beschlussfassungen anwaltlich prüfen zu lassen sind,**
4. **die Erarbeitung eines „Pfinztaler Baulandmodells“ im Rahmen eines eigenständigen Prozesses erfolgen soll.**

**Abstimmung: 18 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen**



**8. Verbesserung BÜ der Stadtbahn beim Haltepunkt Hummelberg durch die AVG  
Kreuzungsvereinbarung nach §§ 3,13 EKrG  
Beratung und Beschlussfassung**

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung genommen.

**9. Änderung Satzung über die Form der öffentlichen Bekanntmachung (Bekanntmachungssatzung)  
- Beratung und Beschlussfassung**

**Bürgermeisterin Bodner** verweist auf die Verwaltungsvorlage und will wissen, ob der Wunsch nach weiteren Darlegungen besteht. Sie stellt fest, dass dies nicht der Fall ist.

Dem Gremium stellt sie danach folgende **Abstimmungsfrage**:

**„Wer ist dafür, dass die Bekanntmachungssatzung wie von der Verwaltung vorgeschlagen beschlossen wird? Die öffentliche Bekanntmachung der Satzung erfolgt durch die Verwaltung nach Einrichtung der technischen und organisatorischen Voraussetzungen.“**

**Abstimmung:                      Einstimmige Zustimmung**

**10. Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse**

**Bürgermeisterin Bodner** will wissen, ob die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse, wie sie in der Verwaltungsvorlage aufgeführt sind, nochmals verlesen werden sollen. Sie stellt fest, dass dies nicht der Fall ist und somit diese Beschlüsse als bekanntgegeben gelten.

**11. Mitteilungen der Bürgermeisterin**

**Bürgermeisterin Bodner** informiert von der Einrichtung einer verkehrsberuhigten Zone auf einem Teilstück der Ochsenstraße durch das Landratsamt. Es handle sich dabei um eine Pilotphase über ein halbes Jahr, die auf einem einstimmigen Beschluss des Ortschaftsrats Kleinsteinbach vom 19.02.2020 nach einer Ortsbesichtigung mit dem Landratsamt beruhe. Bereits im April hätte die Testphase beginnen sollen, was die Corona-Pandemie zunächst verhindert habe. Nun sei die verkehrsberuhigte Zone allerdings schneller als erwartet eingerichtet worden, weshalb eine Information im Amtsblatt noch ausstehe. Die Ortspolizeibehörde habe zwischenzeitlich an den Fahrzeugen Informationszettel angebracht, dass sich die Verkehrsregeln in der Ochsenstraße verändert haben.

**Frau Schönhaar** ergänzt, bei den Zetteln handle es sich lediglich um Hinweise. Normalerweise dürfe im verkehrsberuhigten Bereich nur innerhalb gekennzeichneteter Flächen geparkt



werden. Das Landratsamt habe die Order herausgegeben, dass während der Pilotphase keine Strafzettel ausgestellt werden.

**Bürgermeisterin Bodner** erinnert an die am 08. Oktober stattfindende Auftaktveranstaltung „Baumschutzsatzung“ und an die derzeit laufende Spielplatzumfrage, an der erfreulicher Weise bereits viele teilgenommen hätten.

## 12. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium

**Gemeinderat Dr. Vogel** bedankt sich bei der Verwaltung für die rasche Anbringung von Abstellmöglichkeiten für Fahrräder beim Rathaus in Söllingen, nachdem er dies im April vorgeschlagen hatte. Eine weitere Idee beziehe sich auf die Umgestaltung der Wöschbacher Straße. Beim Einkaufszentrum ende bekanntlich das Stumpfgleis der S 5-Linie der AVG. Seine Idee ziele dahin bei der AVG zu erkunden, ob an dieser Stelle eine Haltestelle zur Anbindung des Einkaufszentrums eingerichtet werden könnte.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhart** wendet sich an die Verwaltung und fragt nach, welche Partei beim Stadtradeln die meisten Kilometer zurückgelegt hat. Weiter teilt sie mit, dass man auf der Homepage der Grünen das Ergebnis der Umfrage zu Corona nachlesen kann. Aufgefallen sei bei der Auswertung, dass viele Pfinztaler relativ cool geblieben sind und die angeordneten Maßnahmen sowie die Informationspolitik der Gemeinde mit großer Mehrheit unterstützen. Trotzdem sei zum Ausdruck gekommen, dass viele persönlich und teilweise schwer betroffen waren und vor diesem Hintergrund die Sinnhaftigkeit der Maßnahmen eingesehen haben. Zusätzlich habe sich bei der Umfrage herausgestellt, dass eine große Mehrheit den Klimaschutz für wichtig hält, wodurch die Entscheidung der Gemeinde zur Einrichtung einer Klimakommission bestätigt wurde. Eine weitere Mitteilung betreffe die Frauen-Malaktion mit Kreide auf dem Europaplatz, die sehr gut gelaufen sei. Wer sich das künstlerische Ergebnis anschauen möchte, könne dies auf dem Europaplatz tun.

**Gemeinderätin Konstandin** berichtet, der Gehweg vom Kreisverkehrsplatz in Kleinsteinbach zum Hammerwerk sei total zugewachsen, man könne ihn kaum noch benutzen. Die Gärtnergruppe sollte beauftragt werden, den Gehweg von den Gräsern zu befreien.

**Gemeinderat Kirchenbauer** weist darauf hin, dass jetzt bald die Sommerferien beginnen und damit auch die Reisezeit. Man erwarte im Blick auf die vielen Rückkehrer und die Corona-Pandemie nicht unbedingt das Beste. Vor diesem Hintergrund habe er die Bitte an die Verwaltung, in Kindergärten und Schulen auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein, falls es zu einer zweiten Welle kommen sollte.

**Bürgermeisterin Bodner** meint dazu, dass es sicherlich nicht möglich sein wird, sich für alle Eventualitäten zu wappnen. Die Verwaltung werde auf jeden Fall ihr Bestes geben und auch solche Herausforderungen annehmen.

## 13. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

**Herr Kistner** will von der Verwaltung wissen, ob die Anwohner der Ochsenstraße nach Einrichtung des verkehrsberuhigten Bereichs und Beendigung der Probephase in die Entscheidung einbezogen werden bzw. wie sich die weiteren Schritte gestalten.



**Bürgermeisterin Bodner** erklärt, nach der Erprobungsphase durch das Landratsamt werde man die Fakten zusammentragen und brauche dazu auch eine Rückkopplung von den Anwohnern. Damit werde sich der Ortschaftsrat beschäftigen müssen und eine Entscheidung treffen.

**Herr Thoma** stellt sich als Vorsitzender der VSG Kleinsteinbach vor und teilt mit, sein Verein begrüße die heutige Entscheidung des Gemeinderats zur Hallennutzung in der Ferienzeit. Er stellt fest, dass in der Hagwaldhalle allerdings ein Gerüst stehen und deshalb deren Nutzung für den Volleyballsport nicht möglich sein wird. Er habe die Bitte, dass freie Hallenkapazitäten in anderen Ortsteilen während der Ferien auf diejenigen Vereine verteilt werden, die Kapazitäten benötigen. Weiter weist er auf ein lange bekanntes Problem in der Pfinztalhalle hin, deren Dach marode sei. Er will wissen, ob bereits eine Sanierung geplant ist. Sein Verein befürchte, dass wegen der sich bei Regen bildenden Pfützen in der Halle Verbandsspiele abgesagt werden müssen.

**Bürgermeisterin Bodner** antwortet, nach ihrem Kenntnisstand sollte dieses Problem bereits gelöst sein.

**Herr Thoma** bezweifelt dies, weil es immer noch Pfützen in der Halle gibt.

**Herr Stärk** erklärt, seine Anfrage betreffe die Finanzen der Gemeinde. Er bitte darum, dass man von der Verwaltung eine Übersicht mit der Finanzsituation der Gemeinde zur Verfügung gestellt bekommt, aus der auch ein Laie alle notwendigen Informationen erkennen kann. Hier sollten auch der Schuldenstand oder Großprojekte wie die Bahnübergangsbeseitigung Söllingen enthalten sein. Ein weiteres Thema sei der Verkehr bzw. die Verkehrslage. Hier gebe es bereits eine Planung für eine B 293-Ortsumfahrung in Berghausen. Er bitte um Auskunft, ob es unter dem Stichwort „Verkehr“ auch eine kommunale Entwicklungsplanung gibt oder eine Abstimmung mit umliegenden Kommunen, weil verkehrliche Probleme nicht von einer Gemeinde gelöst werden könnten.

**Bürgermeisterin Bodner** berichtet, dass die neue Regierungspräsidentin Frau Felder in diesem Jahr zu einem Verkehrsgespräch die Gemeindevertreter eingeladen hatte. Dabei seien die Pläne vorgestellt worden, welche Vorhaben als nächstes angegangen werden. Die Pläne für diese Straßen seien teilweise auf der Homepage des Regierungspräsidiums einsehbar. Zur Frage nach den Gemeindefinanzen verweist sie auf den Haushaltsplan der Gemeinde, der öffentlich zugänglich sei. Aus diesem Werk seien die angefragten Zahlen ersichtlich.

**Herr Stärk** äußert sich zur Lautsprecheranlage der Hagwaldhalle, die er für verbesserungswürdig hält, damit die Zuhörer alle Wortmeldungen verstehen können. Seine letzte Frage betrifft die Feststellung der Gemeinde Pfinztal, dass Pfinztal die einwohnerstärkste Gemeinde in Baden-Württemberg ohne Stadtrecht ist. Er bittet um Auskunft, warum man vor dem Hintergrund der Stadtentwicklung mit diesem Satz Werbung betreibt bzw. ob es hieraus einen Vor- oder Nachteil gibt.

**Bürgermeisterin Bodner** antwortet, dieser Satz sei historisch bedingt und stelle ein Alleinstellungsmerkmal der Gemeinde Pfinztal dar.

**Frau Schönhaar** gibt den Hinweis, dass man in der Beratung der Klimakommission im Oktober das Thema „Mobilität“ oder „Alternative Mobilität“ beraten wird. Diese Veranstaltung werde man für die Öffentlichkeit öffnen. Jeder, der an diesem Thema interessiert sei, sei eingeladen zu kommen.



---

**Bürgermeisterin Bodner** beendet danach den öffentlichen Teil der Sitzung.

Die Vorsitzende

Die Urkundspersonen

Der Schriftführer

---

Bürgermeisterin

---

Gemeinderat Hörter

---

Roland Härer

Nicola Bodner

---

Gemeinderat Reeb